Verordnung über die Verwaltung des Vermögens (VVV)

Vom 29. Juni 2005

Der Regierungsrat des Kantons Aargau,

gestützt auf § 50 Abs. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007¹⁾, § 21 Abs. 5 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) vom 11. Januar 2005²⁾, §§ 11 Abs. 5 und 17 Abs. 3 des Dekrets über die Rechnungslegung und Vermögensverwaltung (DRV) vom 11. Januar 2005³⁾ sowie §§ 13 und 27 des Organisationsgesetzes (Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung) vom 26. März 1985^{4), 5)}

beschliesst:

A. Finanz- und Verwaltungsvermögen

§ 1

¹ Das Departement Finanzen und Ressourcen verwaltet das Finanzvermögen sowie die Schulden.

Verwaltung des
Finanzvermögens

² Es entscheidet über Anlagen im Rahmen der vom Regierungsrat beschlossenen Richtlinien für die Tresorerie.

³ Es unterbreitet dem Regierungsrat zu Beginn jedes Jahres ein Konzept über die Aufnahme fremder Gelder zur Genehmigung. Gestützt darauf sowie aufgrund der Richtlinien für die Tresorerie entscheidet es über die Aufnahme fremder Gelder.

¹⁾ SAR 271.200

²⁾ SAR 612.100

³⁾ SAR 612.110

⁴⁾ SAR 153.100

⁵⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 26. März 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 423).

§ 2

Wertschriften,
Depositen,
Darlehen und
Beteiligungen

¹ Das Büro des Grossen Rats, das Leitungsorgan der Gerichte, die Finanzkontrolle, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz sorgen dafür, dass die ihnen treuhänderisch anvertrauten Wertschriften, Depositen, Darlehen und Beteiligungen entsprechend den damit verbundenen Auflagen verwaltet werden. Der Regierungsrat erlässt ergänzende Weisungen.¹⁾

² Die Wertpapiere und Darlehensverträge werden dem Departement Finanzen und Ressourcen zur Aufbewahrung übergeben.

³ Das Departement Finanzen und Ressourcen besorgt die Bilanzierung. Ihm sind alle dafür erforderlichen Unterlagen zuzustellen.

§ 3

Guthaben

¹ Das Büro des Grossen Rats, das Leitungsorgan der Gerichte, die Finanzkontrolle, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz stellen die Überwachung der in Rechnung gestellten Forderungen sicher.²⁾

² Zur gemeinsamen Erfüllung dieser Aufgaben können Kompetenzzentren gebildet werden.

³ Forderungen sind bei Überschreitung der geltenden Zahlungsfristen gestützt auf § 6 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007³⁾ in der Regel zu verzinsen. Ab der zweiten Mahnung wird jeweils eine Mahngebühr von Fr. 35.– erhoben.⁴⁾

⁴ Ein Zahlungsaufschub darf nur gewährt werden, wenn er die Erfüllung der Forderung nicht zusätzlich gefährdet.⁵⁾

⁵ Ein Erlass ist zulässig, wenn feststeht, dass die Betreuung erfolglos sein wird oder die Kosten in einem offensichtlichen Missverhältnis zum ausstehenden Betrag stehen. Der Erlass von Forderungen aus anderen Gründen bedarf der Zustimmung des Departements Finanzen und Ressourcen,

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

³⁾ SAR 271.200

⁴⁾ Ziff. 32. der Verordnung über die Anpassung der kantonalen Verordnungen an das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 21. Mai 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 464).

⁵⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

sofern er nicht auf einem richterlichen Entscheid oder auf einem entsprechenden Gebührenerlass beruht.¹⁾

§ 4

¹ Das Büro des Grossen Rats, das Leitungsorgan der Gerichte, die Finanzkontrolle, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz dürfen bis zu einem Streitwert von Fr. 100'000.– Prozesse führen und im Rahmen der bewilligten finanziellen Mittel Vergleiche abschliessen; sie können diese Kompetenz delegieren.²⁾

Prozesse und Vergleiche bei strittigen Vermögensinteressen

² In allen übrigen Fällen entscheidet der Regierungsrat.

§ 5

¹ Jede Rechnung ist vor der Bezahlung auf ihre materielle und rechnerische Richtigkeit zu prüfen.

Anweisung:
Verfahren

² Der Rechnungsbeleg ist von mindestens zwei Personen zu visieren. Gestützt darauf erfolgt die Anweisung zur Zahlung.

§ 6

¹ Das Büro des Grossen Rats, das Leitungsorgan der Gerichte, die Finanzkontrolle, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz bestimmen die anweisungsberechtigten Personen.³⁾

Anweisung:
Zuständigkeiten

² Wer durch eine Anweisung begünstigt wird, ist nicht anweisungsberechtigt.

§ 7

¹ Die zuständige Person prüft, ob die in Rechnung gestellte Leistung der Bestellung entspricht und die Leistungserbringung vereinbarungsgemäss erfolgt ist.

Anweisung:
Prüfung der materiellen Richtigkeit

² Bei Zahlungen ohne direkte Gegenleistungen erfolgt die materielle Prüfung aufgrund der Rechtsgrundlagen beziehungsweise der Ausgabenbewilligung und allenfalls der Abrechnung.

¹⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

²⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

³⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

§ 8

Anweisung;
Rechnerische
Prüfung

Die zuständige Person, welche die rechnerische Richtigkeit bestätigt, prüft die Rechengänge und zieht allfällige Rabatte, Skonti usw. ab.

§ 9

Anweisung;
Zahlung

¹ Die anweisungsberechtigte Person bestätigt mit ihrem Visum, dass die Prüfung der materiellen und rechnerischen Richtigkeit durch die zuständigen Personen erfolgt ist und die Mittel für die Zahlung im Globalbudget, in den Jahrestanchen von Klein- und Grosskrediten beziehungsweise in den leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträgen vorhanden sind.

² Mit der Anweisung zur Zahlung wird diejenige Stelle, die für das Rechnungswesen zuständig ist, beauftragt, den angemessenen Betrag zu bezahlen und zu verbuchen.

§ 10¹⁾

Vergabe- und
Ausgaben-
kompetenzen

Das Büro des Grossen Rats, das Leitungsorgan der Gerichte, die Finanzkontrolle, die Departemente und die Staatskanzlei sowie die beauftragte Person für Öffentlichkeit und Datenschutz regeln die Vergabe- und Ausgabenkompetenz innerhalb ihrer Steuerungsbereiche; sie informieren darüber den Regierungsrat.

§ 11

Sachmittel

Die Staatskanzlei koordiniert die Beschaffung des Büromaterials und der Kopiergeräte.

B. Spezialfinanzierungen, Fonds und Zuwendungen

§ 12

Grundsätze

¹ Die geldmässigen Bestandteile von Spezialfinanzierungen gemäss § 34 GAF sowie die Fonds bilden einen nicht ausgeschiedenen Teil des Finanzvermögens.

² Die Verwaltung richtet sich nach den Vorschriften über das Finanzvermögen. Vorbehalten bleiben Entscheide des Regierungsrates über Anlagen und Darlehen aus Mitteln des Lotteriefonds und des Sport-Toto-Fonds.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 21. November 2007, in Kraft seit 1. März 2008 (AGS 2008 S. 1).

³ Bei Spezialfinanzierungen werden Vergaben im Sinne des Submissionsrechts über 5 Mio. Franken dem Regierungsrat vorgelegt.

⁴ Anweisungen im Sinne von § 11 Abs. 3 DRV für Ausgaben aus einer Spezialfinanzierung sind der Leitung desjenigen Departements übertragen, das mit dem Vollzug der betroffenen Spezialfinanzierung beauftragt ist.

§ 13

¹ Spezialfinanzierungen sowie der Lotterie- und der Sport-Toto-Fonds werden weder verzinst noch mit Verwaltungskosten belastet. Besondere Regelungen bleiben vorbehalten. Erträge und Verwaltungskosten

² Erträge, die aus speziellen Anlagen von Fonds, Legaten und Stiftungen aus privaten Mitteln stammen, sind diesen gutzuschreiben. Sind die Fonds, Legate und Stiftungen aus privaten Mitteln nicht speziell angelegt, ist ihnen der Ertrag aufgrund eines durch das Departement Finanzen und Ressourcen festgelegten Zinssatzes gutzuschreiben. In beiden Fällen sind die üblichen Verwaltungskosten zu belasten.

§ 14

¹ Über die Annahme von Zuwendungen Dritter entscheidet der Regierungsrat, wenn Annahme von Zuwendungen

- a) der Kanton Verpflichtungen eingehen muss;
- b) der Verwendungszweck und die Verfügungsberechtigung noch zu bestimmen oder zu präzisieren sind;
- c) der Wert der Zuwendung Fr. 100'000.– übersteigt.

² In allen übrigen Fällen entscheidet das zuständige Departement oder die Staatskanzlei.

§ 15¹⁾

¹ Über die Mittel der im Anhang aufgeführten Fonds verfügen die dort genannten Stellen verwaltungsintern endgültig. Ausgaben, die für denselben Zweck bestimmt sind, dürfen nicht in Teilbeträge aufgeteilt werden. Verwaltung und Verfügungskompetenzen von Fonds

² Neben den Zinserträgen kann auch der Fondsbestand für den im Anhang umschriebenen Fondszweck verwendet werden. Die Fonds dürfen ihrem Zweck nicht entfremdet werden. Ein Rechtsanspruch auf Ausrichtung eines Beitrags besteht nicht.

³ Die verfügungsberechtigten Stellen können Massnahmen auch nur mit Teilbeiträgen unterstützen.

¹⁾ Fassung gemäss Verordnung vom 26. März 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 423).

⁴ Das Departement Finanzen und Ressourcen verwaltet das Fondsvermögen als Sonderrechnung und erstellt für jeden Fonds jährlich eine Abrechnung einschliesslich Zinsabrechnung.

C. Staatsbeiträge

§ 16

Zusicherung

¹ Staatsbeiträge (Investitions- und Betriebsbeiträge) werden grundsätzlich aufgrund von speziellen rechtlichen Bestimmungen und unter Vorbehalt des Budgetbeschlusses des Grossen Rats zugesichert.

² Staatsbeiträge, die nicht aufgrund einer speziellen Bestimmung zugesprochen werden, sind durch den Regierungsrat zuzusichern.

³ Nicht als Staatsbeiträge im Sinne dieser Bestimmung gelten geringfügige Beteiligungen oder Mitgliederbeiträge an Institutionen und Organisationen.

§ 17

Verhältnis zum
Finanzausgleich
der Gemeinden

Bei Investitionsbeiträgen an Gemeinden, welche die Voraussetzungen für Finanzausgleichsbeiträge erfüllen, ist das Departement Volkswirtschaft und Inneres zum Mitbericht einzuladen, namentlich:

- a) vor Entscheiden des Kantons über den Umfang des Vorhabens (Projektdefinition, Raumprogrammgenehmigung usw.);
- b) vor der Projektgenehmigung und der Zusicherung des Staatsbeitrags.

§ 18

Prüfung der
Abrechnung

Bei Staatsbeiträgen, die aufgrund von Abrechnungen ausgerichtet werden, sind diese im jeweiligen Aufgabenbereich durch das mit dem Vollzug beauftragte Departement beziehungsweise die Staatskanzlei zu prüfen.

§ 19

Definitive
Beitragsverfügung

Die definitive Beitragsverfügung erfolgt gestützt auf die Zusicherung und die Abrechnung durch das zuständige Departement beziehungsweise die Staatskanzlei; sie können diese Kompetenz delegieren.

D. Schluss- und Übergangsbestimmungen

§ 20

¹ Die Verordnung über die Verwendung der Anteile des Kantons Aargau am Reingewinn der Sport-Toto-Gesellschaft (Sport-Toto-Verordnung) vom 7. Juli 1993 ¹⁾ wird wie folgt geändert: Änderung
bisherigen Rechts

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

² Die Richtlinie über die Verwendung der dem Lotteriefonds zufließenden Erträge (Lotteriefondsrichtlinie) vom 13. September 1999 ²⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

³ Die Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrates vom 8. November 1982 ³⁾ wird wie folgt geändert:

Text im betreffenden Erlass eingefügt.

§ 21

Diese Verordnung ist in der Gesetzessammlung zu publizieren. Sie tritt am 1. September 2005 in Kraft. Publikation,
Inkrafttreten

§ 22 ⁴⁾

¹⁾ AGS Bd. 14 S. 445; 1997 S. 238 (SAR 611.113)

²⁾ AGS 1999 S. 235 (SAR 611.115)

³⁾ AGS Bd. 10 S. 105, 734; Bd. 11 S. 412; 1995 S. 75, 109; 1996 S. 79; 1997 S. 69; 1998 S. 118, 161; 1999 S. 42, 77; 2000 S. 73, 273; 2001 S. 20, 83, 111; 2002 S. 402; 2003 S. 69, 238, 240; 2005 S. 117 (SAR 153.111)

⁴⁾ Aufgehoben durch Verordnung vom 26. März 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 423).

Anhang ¹⁾

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
1	Wasserrad-Fonds Schloss Hallwyl	Finanzierung von Rekonstruktion, Einbau und Betrieb der Wasserräder für den Antrieb der Mühle, Einbau und Betrieb einer Wasserkraftanlage für die Stromproduktion sowie von Ausstellungen im Schloss Hallwyl.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 30'000.– pro Jahr, die Abteilung Kultur, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Abteilung Kultur.
2	Gewerblicher Berufsbildungsfonds	Finanzierung von Massnahmen zur Stützung des Lehrstellenmarkts im Kanton Aargau und von innovativen Projekten zugunsten der gewerblichen Berufsbildung.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 30'000.– pro Jahr, die Abteilung Berufsbildung und Mittelschulen, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Abteilung Berufsbildung und Mittelschulen.

¹⁾ Eingefügt durch Verordnung vom 26. März 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 423).

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
3	Kulturfonds	Finanzierung von ausserordentlichen Anschaffungen von Kulturgütern der kantonalen Museen.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Abteilung Kultur, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Abteilung Kultur.
4	Reise- und Ausstattungsfonds Stift Olsberg	Finanzierung von Schulreisen, Veranstaltungen, Klassenlagern und Skilagern, inklusive persönlichem und allgemeinem Lagermaterial sowie ausserordentlichen Anschaffungen für Schülerinnen und Schülern.	Bis maximal Fr. 20'000.– pro Jahr, die Leitung des Stifts Olsberg, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Leitung des Stifts Olsberg.
5	Stipendienfonds Alte Kanton- schule Aarau	Finanzierung von Stipendien und von Unterstützungsbeiträgen an Schülerinnen und Schüler sowie ausserordentlichen Anschaffungen von Lehr- und Demonstrationsmaterial.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Schulleitung, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Schulleitung.

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
6	Jubiläumsgabe AKB für die Alte Kantonsschule Aarau	Finanzierung von ausserordentlichen Weiterbildungen der Lehrpersonen, ausserordentlichen Anschaffungen von Lehr- und Demonstrationsmaterial sowie Fachexkursionen.	Schulleitung
7	Reisefonds Alte Kantonsschule Aarau	Finanzierung von Schulreisen, Veranstaltungen, Klassenlagern, Skilagern sowie Exkursionen.	Schulleitung
8	Reisefonds Neue Kantonsschule Aarau	Finanzierung von Schulreisen, Veranstaltungen, Klassenlagern, Skilagern, Exkursionen sowie von Unterstützungsbeiträgen an finanziell bedürftige Schülerinnen und Schüler für Schulreisen, Klassenlager, Skilager und Exkursionen.	Schulleitung
9	Jubiläumsgabe AKB für die Kantonsschule Baden	Finanzierung von ausserordentlichen Weiterbildungen der Lehrpersonen, ausserordentlichen Anschaffungen von Lehr- und Demonstrationsmaterial sowie Fachexkursionen.	Schulleitung

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
10	Kultur- und Reisefonds Kantonsschule Wettingen	Finanzierung von kulturellen Anlässen, Ankäufen von Kunstwerken sowie Reisen mit kultureller Zielsetzung, wie Theater, Kunstausstellungen, historisch-geografische Exkursionen von Angehörigen der Schule.	Schulleitung
11	Stipendienfonds Kantonsschule Wettingen	Finanzierung von Stipendien und von Unterstützungsbeiträgen an Schülerinnen und Schüler sowie ausserordentlichen Anschaffungen von Lehr- und Demonstrationsmaterial.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Schulleitung, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Schulleitung.
12	Kultur- und Reisefonds der Kantonsschule Wohlen	Finanzierung von kulturellen Anlässen, und Projekten, von Lagern und Exkursionen mit kultureller Zielsetzung sowie von Unterstützungsbeiträgen an finanziell bedürftige Schülerinnen und Schüler für Lager und Exkursionen.	Schulleitung

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
13	Kultur- und Reisefonds der Kantonsschule Zofingen	Finanzierung von kulturellen Anlässen und Projekten, von Lagern und Exkursionen mit kultureller Zielsetzung sowie von Unterstützungsbeiträgen an finanziell bedürftige Schülerinnen und Schüler für Lager und Exkursionen.	Schulleitung
14	Sozialfonds	Ausrichtung von Unterstützungsbeiträgen und Förderbeiträgen im Sozialbereich, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Dabei können sowohl Einzelpersonen, Institutionen als auch Interessengemeinschaften unterstützt werden.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, der Kantonale Sozialdienst, in allen anderen Fällen das Departement Gesundheit und Soziales auf Antrag des Kantonalen Sozialdiensts.

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
15	Behinderten-fonds	Ausrichtung von Unterstützungs- und Förderungsbeiträgen im Behindertenbereich, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht. Dabei können sowohl Einzelpersonen, Institutionen als auch Interessengemeinschaften unterstützt werden.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Abteilung Sonderschulung, Heime und Werkstätten, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Abteilung Sonderschulung, Heime und Werkstätten.

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
16	Fonds des Wohn- und Beschäftigungsheims Sternbild	Finanzierung von ausserordentlichen oder dringenden Aufwendungen und Dienstleistungen zu Gunsten einzelner Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die unverschuldet in finanzielle Not geraten sind. Finanzierung von Aufwendungen zu Gunsten aller Bewohnerinnen und Bewohner, die nicht der Betriebsrechnung belastet werden können oder die nicht durch andere Kostenträger übernommen werden müssen, wie namentlich Ausflüge, Lager usw.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Leitung des Wohn- und Beschäftigungsheims Sternbild, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Leitung des Wohn- und Beschäftigungsheims Sternbild.

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
17	Fonds des Zentrums für Arbeit und Beschäftigung	Finanzierung von ausserordentlichen oder dringenden Aufwendungen und Dienstleistungen zu Gunsten einzelner behinderter Beschäftigter, die unverschuldet in finanzielle Not geraten sind. Finanzierung von Aufwendungen zu Gunsten behinderter Beschäftigter, die nicht der Betriebsrechnung belastet werden können oder die nicht durch andere Kostenträger übernommen werden müssen.	Bis Fr. 10'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 20'000.– pro Jahr, die Leitung des Zentrums für Arbeit und Beschäftigung, in allen anderen Fällen das Departement Bildung, Kultur und Sport auf Antrag der Leitung des Zentrums für Arbeit und Beschäftigung.

	Name des Fonds	Verwendungszweck	Verfügungs-kompetenzen
18	Hugo und Elsa Isler-Fonds	Förderung von Behandlungsmethoden und Massnahmen, welche dem direkten Wohl der Patientinnen und Patienten in den öffentlichen beziehungsweise öffentlich subventionierten Spitälern gemäss Spitalliste dienen. Insbesondere sollen sie die Anschaffung von medizinischen Geräten, die Einführung neuer Therapieformen sowie Massnahmen der patientenbezogenen Qualitätssicherung ermöglichen. Anschaffungen oder Massnahmen müssen im Rahmen des Leistungsauftrags des jeweiligen Spitals liegen.	Bis Fr. 200'000.– im Einzelfall, insgesamt höchstens Fr. 500'000.– pro Jahr, die Vorsteherin beziehungsweise der Vorsteher des Departements Gesundheit und Soziales